



Anpacken.
Für unsere Region.

HALBZEIT – DIE SPD-REGIONSFRAKTION BERICHTET

Kompetenz
für die Region Hannover



WEITER ANPACKEN. FÜR UNSERE REGION!

Bodo Messerschmidt
Vorsitzender der SPD-Regionsfraktion

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mittlerweile besteht sie fast acht Jahre, die Region Hannover, die das Gebiet des ehemaligen Landkreises und der Landeshauptstadt Hannover umfasst.

Und seit diesen knapp acht Jahren hat sich viel getan! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Regionsversammlung haben uns auch für die II. Wahlperiode (seit 2006) vorgenommen, uns den Herausforderungen zu stellen, und wir können selbstbewusst feststellen: Bei allen ökonomisch bedingten Widrigkeiten – Die Region Hannover bleibt weiter auf Erfolgsspur. Und sie bewährt sich gerade in schwierigen Zeiten.

In unserem sozialdemokratischen Verständnis muss die Region Hannover Garantin bleiben:

- für moderne öffentliche Daseinsvorsorge
- für partnerschaftliche kommunale Selbstverwaltung
- für sozialen Ausgleich und faire Chancen
- für Bildung, kulturelle Vielfalt und Toleranz

Es versteht sich von selbst, dass zur Erfüllung der grob skizzierten Aufgabenstellungen eine angemessene Finanzausstattung der Gebietskörperschaft gehört, sofern es nicht lediglich bei wohlklingenden Absichtserklärungen bleiben soll. Deswegen ist es aus unserer Sicht von herausragender Bedeutung, wenn es in diesem Jahr gelingt, einen

ausgeglichenen Haushalt 2009 zu verabschieden. Die diesbezüglichen Bemühungen, eine auch für die betroffenen Kommunen noch akzeptable Lösung zu bewerkstelligen, haben es verdient, in besonderer Weise herausgestellt zu werden!

Wohlvollend können wir konstatieren, dass die von uns Sozialdemokraten favorisierte Form der kommunalen Daseinsvorsorge wieder zunehmend an gesellschaftlicher Akzeptanz gewinnt, zumal dann, wenn diese – wie beispielsweise im Klinikum Region Hannover, in der Abfallwirtschaft (aha) oder bei üstra/RegioBus – zukunftsweisend bürgernah organisiert wird.

Politik gestalten heißt auch: Nicht nur die gesetzten Pflichtaufgaben erfüllen, sondern auch weiter in nachhaltige Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger investieren und das trotz der bekannten schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Die Zukunftsfähigkeit der Region zu sichern und weiter auszubauen bleibt unser erklärtes Ziel. Und das nicht als Selbstzweck: Antrieb unseres Handelns war und bleibt, die notwendigen strukturpolitischen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu geben: Stärkung des Wirtschaftsstandorts im europäischen Zusammenspiel, demografischer Wandel, nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik,

Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen, um nur einige Stichworte zu nennen!

Und ich stelle fest, wir können mit unserem Regionspräsidenten, Hauke Jagau, und seinem Dezernententeam auf dynamische, verlässliche Partner bauen.

Ja, es tut sich was! Und die Anforderungen an sozialdemokratische Politik – gerade in Krisenzeiten – wachsen.

Die Mitglieder der SPD-Regionsfraktion sind angetreten, um verantwortungsbewusst zu gestalten!

Mit Leidenschaft, Pragmatismus und Beharrlichkeit kommen sie ihrer Aufgabe nach.

Bodo Messerschmidt

Vorsitzender der SPD-Regionsfraktion



REGIONSVERSAMMLUNG, FRAKTION / VORSTAND, ARBEITSGRUPPENLEITER UND LEITER DER ARBEITSKREISE

Regionsversammlung

Die II. Wahlperiode der Regionsversammlung (01.11.2006 – 31.10.2011) weist folgende politischen Kräfteverhältnisse auf: SPD (33 Sitze), CDU (30 Sitze), Bündnis 90/Grüne (9 Sitze), FDP (6 Sitze), Die Linke (3 Sitze), BürgerForum (2 Sitze), fraktionslos (1 Sitz);

SPD und Grüne haben eine Gruppe gebildet, die Koalitionäre SPD und Grüne verfügen zusammen mit dem Regionspräsidenten Hauke Jagau über die entscheidende Mehrheit von insgesamt 43 Sitzen.

Die Gruppe SPD/Grüne hat sich ein umfassendes Arbeitsprogramm erarbeitet.
(vergleiche dazu: www.spd-regionsfraktion-hannover.de).

Fraktion / Vorstand

Der Fraktionsvorstand setzt sich nach den Wahlen im März 2009 wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Bodo Messerschmidt (Neustadt a. Rbge.),
Stellv. Vorsitzende: Petra Rudsuck (Hannover),
Stellv. Vorsitzende: Silke Gardlo (Hannover),
Stellv. Vorsitzender: Andreas Strauch (Burgwedel),
Beisitzer: Andreas Schütte (Isernhagen),
Beisitzer: Helge Zychlinski (Wedemark),
1. Stellv. Regionspräsidentin: Angelika Walther (Hannover),
Vorsitzender der Regionsversammlung:
Udo Mientus (Barsinghausen),

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Region Hannover:
Dr. Matthias Miersch (Laatzen)
sowie Regionspräsident Hauke Jagau.

Als Arbeitsgruppenleiter sind gewählt

- AG Abfallwirtschaft: Wilhelm Behne (Wunstorf)
- AG Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten: Sascha Glade (Hannover)
- AG Verwaltungsreform, Finanzen, Organisation und Personal und Werksausschuss IuK: Hans-Egon Seffers (Lehrte)
- AG Gleichstellung: Helga Christensen (Hannover)
- AG Kinder und Jugend: Rudolf Alker (Burgdorf)
- AG Regionalplanung, Metropolregion und Europa-angelegenheiten: Detlev Herzig (Springe)
- AG Schule, Kultur und Sport: Ulrike Thiele (Seelze)
- AG Soziales, Wohnungswesen und Interkulturelle Angelegenheiten: Elke Zach (Langenhagen)
- AG Umwelt und Naherholung: Wolfgang Schiemann (Hannover)
- AG Verkehr: Karlheinz Mönkeberg (Hannover)
- AG Wirtschaft und Beschäftigung: Klaus Brauer (Hannover)

Leiter/in der Arbeitskreise

- AK Qualifizierung und Berufliche Bildung: Andreas Strauch (Burgwedel)
- AK Demografischer Wandel: Andreas Schütte (Isernhagen)
- AK Integration: Silke Gardlo (Hannover)

BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

Aufstellung der Arbeitsgruppen in der SPD-Regionsfraktion

AG Abfallwirtschaft

Behne, Wilhelm (Leitung)	Mönkeberg, Karlheinz
Böttcher, Christiana	Meyer, Karl-Wilhelm (Stellv.)
Brauer, Klaus	Schiemann, Wolfgang
Heise, Marianne	Seffers, Hans-Egon
Hellemann, Heidi	Toboldt, Wolfgang
König, Ingrid	Wichert, Gabriele

AG Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Alker, Rudolf	Mönkeberg, Karlheinz
Behne, Wilhelm (Stellv.)	Muhlert, Frank
Glade, Sascha (Leitung)	Seffers, Hans-Egon
Messerschmidt, Bodo	Walther, Angelika
Mientus, Udo	Zach, Elke

AG Gleichstellung

Abicht, Wolfgang	Liebelt, Kerstin
Christensen, Helga (Leitung)	Schütte, Andreas
Emmelius, Friederike	Wichert, Gabriele
Heise, Marianne (Stellv.)	Zach, Elke

AG Kinder und Jugend

Abicht, Wolfgang	Gardlo, Silke
Alker, Rudolf (Leitung)	Glade, Sascha
Böttcher, Christiana	Schütte, Andreas
Emmelius, Friederike	Thiele, Ulrike

AG Regionalplanung, Metropolregion und Europaangelegenheiten

Böttcher, Christiana	Mönkeberg, Karlheinz
Christensen, Helga	Muhlert, Frank
Emmelius, Friederike	Schiemann, Wolfgang
Herzig, Detlev (Leitung)	Strauch, Andreas
Knoke, Horst	Thiele, Ulrike
König, Ingrid	Toboldt, Wolfgang
Mientus, Udo (Stellv.)	

AG Schule, Kultur und Sport

Abicht, Wolfgang (Stellv.)	Messerschmidt, Bodo
Alker, Rudolf	Meyer, Karl-Wilhelm
Christensen, Helga	Strauch, Andreas
Emmelius, Friederike	Thiele, Ulrike (Leitung)
Heise, Marianne	Walther, Angelika
Liebelt, Kerstin	Zach, Elke

BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

AG Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit, interkulturelle Angelegenheiten

Behne, Wilhelm	Messerschmidt, Bodo
Böttcher, Christiana	Meyer, Karl-Wilhelm
Christensen, Helga	Schiemann, Wolfgang (Stellv.)
Brauer, Klaus	Schütte, Andreas
Heise, Marianne	Walther, Angelika
Hellemann, Heidi	Zach, Elke (Leitung)
Knoke, Horst	

AG Umwelt und Naherholung

Abicht, Wolfgang	Mientus, Udo
Alker, Rudolf	Mönkeberg, Karlheinz
Behne, Wilhelm	Muhler, Frank
Brauer, Klaus	Schiemann, Wolfgang (Ltg.)
Emmelius, Friederike	Seffers, Hans-Egon
Heise, Marianne (Stellv.)	Walther, Angelika
Liebelt, Kerstin	Wichert, Gabriele

AG Verkehr

Glade, Sascha	Richter, Walter
Heise, Marianne	Rudszuck, Petra
Herzig, Detlev (Stellv.)	Schlienkamp, Werner
König, Ingrid	Schütte, Andreas
Mientus, Udo	Thiele, Ulrike
Mönkeberg, Karlheinz (Ltg.)	Toboldt, Wolfgang

AG Verwaltungsreform, Finanzen, Organisation, Personal und Werksausschuss IuK

Behne, Wilhelm	Rudszuck, Petra
Gardlo, Silke (Stellv.)	Schlienkamp, Werner
Herzig, Detlev	Schütte, Andreas
Knoke, Horst	Seffers, Hans-Egon (Ltg.)
König, Ingrid	Wichert, Gabriele
Messerschmidt, Bodo	Zychlinski, Helge
Richter, Walter	

BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

AG Wirtschaft und Beschäftigung

Brauer, Klaus (Leitung) Mönkeberg, Karlheinz
Behne, Wilhelm Richter, Walter
Christensen, Helga (Stellv.) Rudszuck, Petra
Gardlo, Silke Seffers, Hans-Egon
Liebelt, Kerstin Strauch, Andreas
Meyer, Karl-Wilhelm Zychlinski, Helge
Mientus, Udo

AK Qualifizierung und Berufliche Bildung

Brauer, Klaus Schütte, Andreas
Christensen, Helga **Strauch, Andreas (Leitung)**
Knoke, Horst div. weitere Fraktionsmitgl.
Thiele, Ulrike

AK Demografischer Wandel

Schütte, Andreas (Leitung) Mientus, Udo
Christensen, Helga Schiemann, Wolfgang
Herzig, Detlev div. weitere Fraktionsmitgl.

AK Integration

Alker, Rudi Mientus, Udo
Brauer, Klaus Mönkeberg, Karlheinz
Christensen, Helga Schiemann, Wolfgang
Gardlo, Silke (Leitung) Schütte, Andreas
Heise, Marianne Strauch, Andreas
Knoke, Horst Zach, Elke
Messerschmidt, Bodo



AG ABFALLWIRTSCHAFT

Wilhelm Behne
Sprecher der AG Abfallwirtschaft

Gerade im Bereich der Abfallwirtschaft haben wir Wert darauf gelegt, dass die Abfallwirtschaft als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge in der Trägerschaft der öffentlichen Hand verbleibt. Die Mitarbeiter des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover – kurz aha – haben in den vergangenen Jahren einmal mehr gezeigt, dass sie die Garanten für eine zuverlässige, verantwortungsvolle und kostengünstige Entsorgung sind.

Sie waren es, die die Fehler der Industrie beim Bau der Mechanisch-Biologischen Aufbereitungsanlage in Hannover – Lahe aufgespürt haben und sie durch konstruktive Zusammenarbeit z. Z. beseitigen.

Mit tatkräftiger Unterstützung der Mitarbeiter von aha ist es gelungen, den Rohstoff Altpapier für den wirtschaftlichen Kreislauf einzusammeln und zugunsten des Gebührenzahlers zu verwerten. Der Großteil der rein privatwirtschaftlich geführten Betriebe hatte nur solange Interesse an der Einsammlung, wie die Rohstoffpreise ihnen exorbitante Gewinne versprachen. Lediglich ein international tätiger Konzern betreibt noch das Erfassen des Altpapiers. Alle übrigen Betriebe haben sich als nicht zuverlässig erwiesen und sich vom Markt zurückgezogen.

Die von uns zu Beginn der Wahlperiode anvisierten Ziele sind durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Belegschaft von aha schon weitgehend sichergestellt. So konnte u. a. am 26.02.2008 der Wertstoffhof Lehrte/Sehnde seinen Betrieb aufnehmen. Für 2010 wird

die Eröffnung des Wertstoffhofes für Burgwedel, Langenhagen und Wedemark angestrebt. Als einziger Abfallwirtschaftsbetrieb in Niedersachsen sind die Wertstoffhöfe ein kostenfreies Angebot für die Einwohner der Region Hannover, das aus dem normalen Gebührenhaushalt gedeckt wird. Das Serviceangebot von aha ist ständig ausgeweitet worden, so z. B. mit der Altpapiertonne.

Insbesondere in den nächsten Jahren haben wir uns vorgenommen, durch geeignete Maßnahmen die Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren. Eine Reduzierung der CO₂-Emission um rd. 20 % ist nach Aufnahme der Abfallbehandlung in der Mechanisch-Biologischen Anlage und durch die thermische Behandlung bereits eingetreten. 95.000 Mg (Tonnen) sind weniger in die Luft abgegeben worden. Auch bei der Fahrzeugbeschaffung werden nur noch die Fahrzeuge gekauft, die die Emissionen der bisher genutzten Technik unterschreiten.

Trotz erheblich gestiegener Bewirtschaftungskosten (Treibstoffe, Löhne, Steuern) konnten die Entsorgungsgebühren dank kreativer und verantwortungsbewusster Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit 2006 gehalten werden.

Fazit: gerechter Lohn, Achtung der Mitbestimmungsrechte
= Gewinn für alle Gebührenzahler/Wähler



AG FEUERSCHUTZ, RETTUNGSWESEN UND ALLGEMEINE ORDNUNGSANGELEGENHEITEN (FRO)

Sascha Glade

Sprecher der AG Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Die AG hat sich in den vergangenen zwei Jahren mit den folgenden Themen beschäftigt:

- Einführung von GPS im Rettungsdienst (entfällt wegen Einführung Digitalfunk)
- Besichtigung der Feuerwehrtechnischen Zentralen (FTZ) in Burgdorf und Neustadt
- Neubau der FTZ in Burgdorf
- Besichtigung des THW Lehrte sowie der Technischen Einsatzleitung (TEL) der Region Hannover
- Räumliche Unterbringung des Katastrophenschutzstabes der Region Hannover
- Aufbau des Katastrophenschutzes in der Region sowie Führungsstruktur der Gefahrenabwehr
- Kinderfeuerwehren in der Region
- „Hinweise und Empfehlungen zur Durchführung einer Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplanung“ (Projekt Feuerwehr)
- Neues Fahrzeugkonzept der Regionsfeuerwehrführung für die FTZ und die Feuerwehrbereitschaften (Abrollbehälter, Mehrzweck-LKW)
- Novellierung des Rettungsdienstgesetzes und seine Auswirkungen auf die Region
- Asyl- und Ausländerrecht in der Region
- Besichtigung der neuen Rettungswache Garbsen der Johanner-Unfall-Hilfe (JUH)
- Besichtigung der Feuer- und Rettungswache Steinhude (Freiwillige Feuerwehr und JUH) zum Thema „Wasserrettung am Steinhuder Meer“
- Initiativantrag „Direktvergabe des Rettungsdienstes in der Region Hannover“
- Projekt „HaLT-Hart am Limit“ (Bekämpfung von Alkoholmissbrauch durch den gesetzlichen Jugendschutz im Rahmen eines Alkoholpräventionskonzeptes)
- Besondere Belastungen der Feuerwehren an der A2/ Novellierung Feuerschutz- bzw. KFZ-Steuer als zusätzliche „Einnahmequelle“ der Feuerwehren
- Besichtigung der Regionsleitstelle (RLS)





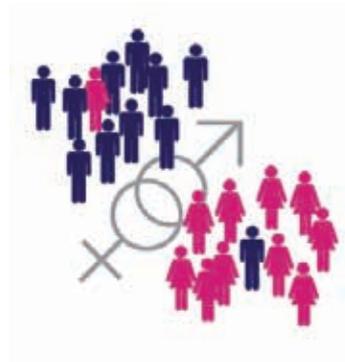
AG GLEICHSTELLUNG

Helga Christensen
Sprecherin der AG Gleichstellung

- Wie kann und muss eine moderne Gleichstellungspolitik in der Region Hannover aussehen?
- Welche sozialdemokratischen Ziele wollen wir hier umsetzen und verankern? Die AG Gleichstellung hat sie für die SPD-Fraktion formuliert:
 - Eigenständige Existenzsicherung für Frauen
 - Garantie von körperlicher und seelischer Unversehrtheit
 - Akzeptanz der Vielfalt weiblicher Lebensmodelle im Beruf und im Privatleben
- Gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf Frauen und Männer
- Gleiche Teilhabe an Einfluss, Geld und Macht für Frauen und Männer

Das bedeutet für die Region:

Konsequente Umsetzung von Gendermainstreaming in der Verwaltung, keine Kürzung von Frauenprojekten, hauptamtliche Frauenbeauftragte und deren Vernetzung.





AG KINDER UND JUGEND

Rudi Alker
Sprecher der AG Kinder und Jugend

Die politischen Weichenstellungen für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik in der Region beruhen auf den folgenden Prämissen:

1. Kinderarmut entsteht am ehesten dort, wo Eltern arbeitslos sind, allein erziehen, drei oder mehr Kinder haben oder zugewandert sind.
2. Gute Bildung ist in unserer Gesellschaft die entscheidende Weiche, Armut und sozialer Ungerechtigkeit entgegen zu wirken.
3. Effekte pädagogischer Investitionen sind nachweisbar am größten, wenn man damit bereits in früher Kindheit beginnt.



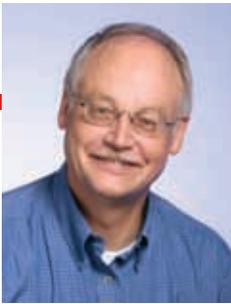
Daraus haben wir Konsequenzen gezogen

Sowohl in 2008 als auch in 2009 haben wir mit jeweils 250.000 Euro für die Sprachförderung in Kindertagesstätten die unzureichende Landesförderung verdoppelt. So soll es ermöglicht werden, Kinder ohne ausreichende Sprachkompetenz besser zu erreichen, zu fördern und nicht nur deren Bildungschancen zu verbessern, sondern auch frühzeitig Auffälligkeiten im sozialen Umfeld vermeiden zu helfen. Ebenfalls 250.000 Euro pro Jahr stehen seit 2008 für präventive Familien unterstützende Projekte zur Verfügung. Eine von uns organisierte Anhörung zum Thema „Vernachlässigung von Kindern – was können wir tun?“ war hier eine gute Hilfestellung für die entsprechenden politischen Beschlüsse.

Die Wirklichkeit zeigt, dass Kosten für Wiederholer, Schulabbrecher und junge Menschen ohne Abschluss und Ausbildung später viel höher sind, sowohl finanziell als auch gesellschaftspolitisch.

In 2009 wird der Schwerpunkt der AG-Arbeit die mögliche Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bzgl. der Installation weiterer eigener Jugendämter in den Städten/Gemeinden sein, wo dies möglich und gewünscht ist. Dieses erscheint aufgrund von Interessengegensätzen als sehr schwierig.

Zumindest muss es gelingen, eine gerechte finanzielle Ausgleichsregelung für die benachteiligten Kommunen mit eigenen Jugendämtern zu vereinbaren.



AG REGIONALPLANUNG, METROPOLREGION UND EUROPAANGELEGENHEITEN

Detlev Herzig

Sprecher AG Regionalplanung, Metropolregion und Europaangelegenheiten

Das Regionale Raumordnungsprogramm 2005 gibt sowohl der Region, wie auch Städten und Gemeinden Planungssicherheit bis 2020. Die angestrebte Siedlungsbeschränkung in den kleinen Ortschaften hat bundesweit Beachtung gefunden. Der aktuell erkennbare Trend „zurück in die Stadt“ unterstützt den Schutz vor Zersiedelung der Landschaft. Das Regionale Raumordnungsprogramm wird in der nächsten Zeit an Vorgaben des Landesraumordnungsprogramms anzupassen sein. Einzelne Änderungen betrafen den Torfabbau im Neustädter Moor, die Festlegung einer Ortsumfahrung für Fuhrberg und die Umsiedlung eines Gartencenters in Hannover für die Erweiterung eines Bürostandorts in Lahe. Alle diese Maßnahmen konnten durch frühzeitige Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ohne Schwierigkeiten auf den Weg gebracht werden.

Sorge bereitet die Metropolregion Hannover – Braunschweig – Göttingen – Wolfsburg. Schon die Namensweiterung um Wolfsburg zeigt, wie Stadt bezogen immer noch gedacht wird und wie wenig die Menschen mit dem für das Auftreten auf europäischer Ebene so wichtigen Gebilde anfangen können. Andere Metropolregionen wie Rhein-Neckar oder Nürnberg, die zeitgleich auf den Weg gebracht wurden, stehen heute deutlicher da (Schlagwort: Hoffenheim!).

Die im letzten Jahr erfolgte Neuordnung, mit der nun auch das Land in der Pflicht ist, soll die von uns geforderte Professionalität in der Geschäftsstelle und bei den Projekten voran bringen. Die Region wird sich weiterhin einbringen.

Die Europa-Kompetenz der Region konnte durch ein beim Regionspräsidenten angesiedeltes Team verbessert werden. Die Einwerbung europäischer Fördermittel ist gut, ein Beispiel für eine in die Region fließende große Summe ist „Yukon Bay“ im Zoo. Aber auch kleine und mittelständische Unternehmen profitieren vom EFRE-Programm, das von hannoverimpuls verwaltet wird.

Über das Grünbuch „Mobilität“ ist die EU auf die Region Hannover aufmerksam geworden. So konnten die Kompetenz der Regionsverwaltung zum Thema Mobilität, die fortschrittliche Verwaltungsstruktur eines Ballungsraums, die zentrale Lage Hannovers in Europa und seine Möglichkeiten zur Ausrichtung europäischer Kongresse nach Brüssel vermittelt werden.

Die Fraktion wird diese Schwerpunkte weiterhin fördern und konstruktiv begleiten.





AG SCHULE, KULTUR UND SPORT

Ulrike Thiele
Sprecherin der AG Schule, Kultur und Sport

Schule

Die Neuordnung der Berufsbildenden Schulen ist gelungen. Unsere Berufsschulen sind branchenorientierte Kompetenzzentren, in denen überwiegend verwandte Berufsbildungsgänge unterrichtet werden. Z. Zt. gilt es zu untersuchen, wie sich die sinkenden Schülerzahlen auf die Berufsschulen auswirken.

In die Gebäude wurde weiterhin investiert. So konnte z. B. die Hannah-Arendt-Schule in ein saniertes Gebäude im Berufsschulzentrum am Waterloo Platz einziehen. Doch wir haben immer noch sanierungsbedürftige Schulgebäude, für die jedes Jahr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Dies gilt auch für die Förderschulen in Trägerschaft der Region. Auch hier haben wir investiert. Die Schulen „Hören und Sehen“ sind jetzt im sanierten Gebäude der früheren Hannah-Arendt-Schule untergebracht und in Springe wurde die Janusz-Korczak-Schule neu gebaut.

Wir setzen uns für die schwächsten Schülerinnen und Schüler in unserer Region ein. Die optimale Förderung der Kinder steht im Mittelpunkt. Deshalb unterstützen wir auch den Ausbau von Kooperations- und Integrationsklassen. Die Eltern und ihre Kinder müssen den für sie richtigen Lebensweg wählen können.

Für die Schülerinnen und Schüler, die eine Schule in Trägerschaft der Region besuchen, haben wir einen Schulmittelfond eingerichtet. Hiermit sollen Familien mit wenig Einkommen etwas unterstützt werden.

Eine Zahl: Die Summe im Verwaltungshaushalt 2007 macht im Einzelplan „Schulen“ die Summe von 49.098.084,-€ aus.

Kultur

Der „Kultursommer“, der „Atelierspaziergang“ oder die Veranstaltungsreihe „Kultur im Schloss“ sind Aufgaben der Region, die wir immer unterstützt haben. 2005 kam nach der Auflösung der Bezirksregierung noch die regionale Kulturförderung des Landes Niedersachsen hinzu. Wir unterstützen auch das Junge Schauspielhaus mit 50.000,- €.

Darüber hinaus bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten insbesondere die Mahn- und Gedenkstätte Ahlem von herausragender Bedeutung!

Hier hat die Region eine besondere Verantwortung. Es ist ein Ort der Erinnerung an das Schicksal vieler jüdischer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den vergangenen Jahren die Neukonzeption der Gedenkstätte initiiert, intensiv diskutiert und begleiten jetzt die Umsetzung des neuen Konzeptes.

Sport

Der Sport, d. h. die Sportverbände, werden von der Region mit 239.000,- € unterstützt. Direkten Einfluss auf den Breitensport haben wir nicht, aber es ist Tradition, in unseren jährlichen Sportgesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Sportbünde die Situation in der Region zu erörtern, Probleme aufzugreifen und soweit es uns möglich ist, Hilfestellung zu leisten.





AG SOZIALES, WOHNUNGSWESEN, GESUNDHEIT UND INTERKULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Elke Zach

Sprecherin der AG Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und interkulturelle Angelegenheiten

Auch weiterhin ist der Haushalt durch steigende Kosten im Sozialhilfebereich stark belastet. Sinkende Zuschüsse aus Bund und Land haben daran einen wesentlichen Anteil.

Trotzdem haben unsere Haushaltsbegleitanträge der letzten Jahre durchaus positive Wirkung gehabt. Deshalb stehen wir auch für eine einheitliche Mobilitätshilfe für Schwerstbehinderte und unterstützen die Steuerung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte. Ebenso sichern wir den Beratungsstellen – wie etwa Schuldnerberatung, Verbraucherzentrale und auch den Selbsthilfegruppen und dem Modellprojekt Pflegestützpunkt – weitere Unterstützung zu.

Die Ernennung eines Behindertenbeauftragten resultiert ebenfalls aus unserem Antrag.

Die Zusammenführung der Regionskrankenhäuser zur Klinikum Region Hannover GmbH war richtig und zeigt Erfolg. So wird der Zuschuss der Region Hannover an die GmbH im nächsten Jahr wohl aller Erwartung nach bei Null liegen. Dies ist aber nur durch ein vereintes miteinander aller – insbesondere auch aller Beschäftigten – zu erreichen gewesen.

Der Neubau am Standort Siloah wird das Klinikum stärken und weiter voranbringen.

Ein großes Thema wird in diesem Jahr das „Sozialticket“ sein. Wir arbeiten intensiv an einer Lösung, die für alle eine hohe Akzeptanz bringen soll. Gespräche mit Sozialverbänden, dem Sozialbündnis u.a. zeigen uns, dass wir an dem Erfolg oder auch Misserfolg gemessen werden.





AG UMWELT UND NAHERHOLUNG

Wolfgang Schiemann
Sprecher der AG Umwelt und Naherholung

Klimaschutzregion Hannover

Die Aufstellung der CO₂-Bilanz hat die Grundlagen gelegt für das Klimaschutzrahmenprogramm, das wiederum Voraussetzung für einen Klimaschutzpakt und die Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen sein wird. Insbesondere ist es gelungen, bereits Mittel in Höhe von 1 Million für Klimaschutzmaßnahmen pro Jahr in den Haushalt einzustellen, die vorzugsweise für die energetische Sanierung regionseigener Gebäude eingesetzt werden.

Mit Unterstützung der Region läuft das Projekt Ökoprofit erfolgreich, so dass in der Region Hannover mittlerweile der größte und aktivste Ökoprofit-Club existiert.

Landschaftsschutz

Die Grundsätze zum Landschaftsschutz geben Planungssicherheit für alle Kommunen des Umlandes.

Zoo

Die Finanzierung von Yukon Bay ist auf solider Grundlage zu Stande gebracht worden. Yukon Bay ist im Bau.

Naherholung

Es ist gelungen, das Projekt Gartenregion 2009 zur Umsetzung zu bringen. Das Fahrradrouthenetz durch die Region ist umgesetzt; Karten und Beschilderung sind komplett.

Zukunftsprobleme

Folgende Themenstellungen werden die AG künftig besonders fordern:

- Klimaschutzpakt
- Vorrangstandorte für erneuerbare Energien





AG VERKEHR

Karlheinz Mönkeberg
Sprecher der AG Verkehr

Mobilität für alle erhalten und ausbauen

Die Region Hannover verfügt über einen leistungsfähigen, kundenfreundlichen und preisgünstigen öffentlichen Personennahverkehr.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Qualität auch weiterhin erhalten bzw. ausgebaut wird.

Menschen mit Behinderungen muss die Teilnahme am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Die Weiterführung des behindertengerechten Ausbaus des ÖPNV steht dabei im Vordergrund. 2008 wurden u.a. die Hochbahnsteige Schünemannplatz und Am Sauerwinkel fertig gestellt. Die zügige Realisierung der noch ausstehenden Hochbahnsteige muss vorangetrieben werden.

Das betrifft ebenso die Nachrüstung der Tunnelstationen mit Aufzügen. Auf die behindertengerechte Ausstattung von Bussen und Bahnen richten wir unser besonderes Augenmerk.

Das Stadtbahnssystem soll trotz der knappen Haushaltsmittel weiter ausgebaut werden (Misburg-Nord).

Die Sondertarife Nienburg und Hildesheim wurden in den GVH-Regionaltarif integriert.

Die Einführung eines Gemeinschaftstarifes für die Metropolregion Hannover – Braunschweig – Göttingen – Wolfsburg soll weiterhin geprüft werden.

Nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz ist die Region Hannover verpflichtet, im Fünfjahresabstand einen Nahverkehrsplan vorzulegen. Angesichts starker finanzieller Einschränkungen steht die Steuerung der Qualität und Quantität des Verkehrsangebotes im Vordergrund. Aus diesem Grund war die Aufstellung des NVP 2008 einer der Schwerpunkte unserer Arbeit.

Der zwischen der Region Hannover und der üstra geschlossene Partnerschaftsvertrag „vitale üstra 2020“ dient der Zukunftssicherung der üstra und erhält für die Region Hannover eine umfassende und dauerhafte finanzielle Entlastung sowie mehr Transparenz und Steuerungsmöglichkeit.

Die Fahrgastrechte sollen durch Garantien für Kundinnen und Kunden gestärkt und ein Programm zur Sicherheit und Sauberkeit an sämtlichen Haltestellen entwickelt werden. Die Sanierung der Kreisstraßen und der Radwege (incl. Ausschilderung) soll trotz der angespannten Haushaltslage auch weiterhin nicht vernachlässigt werden.

Der Bau bzw. Ausbau von parallel zu Schienenverbindungen/ S-Bahnsträngen laufenden Straßen wird von uns aus ökologischen Gründen abgelehnt. Die Erreichbarkeit von touristischen Attraktionen sowie die Einbindung bestimmter Freizeiteinrichtungen in den Nahverkehr ist ein weiteres politisches Ziel.



AG VERWALTUNGSREFORM, FINANZEN, PERSONAL, ORGANISATION UND WERKSAUSSCHUSS IuK

Hans-Egon Seffers

Sprecher der AG Verwaltungsreform, Finanzen, Personal und Organisation

Unsere Arbeitsgruppe hat insbesondere die Etatberatungen der vergangenen Jahre unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung und der Schaffung einer dauerhaften Planungssicherheit begleitet.

Nach einem von der Kommunalaufsicht nur mit Einschränkungen genehmigten Haushalt 2008 kann das ehrgeizige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts für 2009 erreicht werden. Erstmals steht im Entwurf des Verwaltungshaushalts eine schwarze Null. Dies gelang, obwohl gesetzliche Veränderungen auf Landes- und Bundesebene den angestrebten Haushaltsausgleich zunehmend erschwerten. Während andere kommunale Gebietskörperschaften vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren, sah sich die Region Hannover mit schmerzhaften Einschnitten etwa beim Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetz konfrontiert. Geschafft werden kann der Haushaltsausgleich durch ein detailliertes und alle Bereiche der Politik und Verwaltung berührendes Konsolidierungsprogramm, das mit äußerster Disziplin seitens unserer Fraktion getragen wird. Die Beihilfen für Initiativen, Verbände und freie Träger bleiben dabei unangetastet. Allein aus eigener Kraft ist der Ausgleich jedoch nicht zu schaffen. Angesichts des starken Anstiegs im Bereich der Sozialausgaben hat der Solidargedanke bei der Finanzierung der Sozialaufgaben zu der Einsicht geführt, die Regionsumlage um ca. zwei Prozentpunkte erhöhen zu müssen. Der Versuch, im Rahmen einer Finanzstromuntersuchung zu überprüfen, ob die Planungsgrundlagen bei Bildung der Region auch entsprechend umgesetzt worden sind, um Planungssicherheit für die Städte und Gemeinden

zu schaffen, hat aufgrund praktischer Schwierigkeiten nur teilweise zum Erfolg geführt.

Eine dauerhafte Planungssicherheit für die Region und die regionsangehörigen Städte und Gemeinden besteht insbesondere angesichts der düsteren Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in der kommenden Zeit nicht.

Die Arbeitsgruppe begleitet zudem kritisch den Verwaltungsreformprozess in der Regionsverwaltung, der entsprechend unseren Vorstellungen von Bürgernähe und Effektivität mit Beginn dieser Wahlperiode intensiv vorangetrieben wurde. Im Rahmen von zwei gemeinsamen Workshops der Regionsabgeordneten mit den Angehörigen der Regionsverwaltung konnten wir uns mit den strategischen Projekten der Reform vertraut machen und deren Problematik in der Arbeitsgruppe vertiefen. Zu den Projekten zählen: Prozesse in publikumsintensiven Verwaltungsbereichen optimieren, Zielvereinbarung als Steuerungsinstrument, Zusammenarbeit auf Teamebene optimieren, Interne Kommunikation optimieren, Service- und Kundenorientierung optimieren, Standards der Führung und Personalentwicklung. Ziel der Reform ist das Leitbild eines bürgernahen kommunalen Dienstleisters.

Zum Verwaltungsreformprozess zählt auch das Projekt „Umstellungsprozess auf das Neue Kommunale Rechnungswesen NKR“, mit dem im Bereich der kommunalen Haushalts- und Finanzpolitik ein „neues Zeitalter“ beginnt. Die Arbeitsgruppe hat darauf geachtet, dass das Schulungskonzept auch für die Regionsabgeordneten die Möglichkeit bietet, sich mit dem NKR umfassend vertraut zu machen.



AG WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

Klaus Brauer
Sprecher AG Wirtschaft und Beschäftigung

Ausgehend von der Koalitionsvereinbarung hat die Regionsfraktion daran gearbeitet, die Attraktivität des Standortes zu sichern und weiter zu entwickeln.

Dabei stand die Bündelung der regionalen Wirtschaftsförderung, die Vereinigung von Marketing und Tourismusförderung im zentralen Focus.

Mit der Hannover Holding für Wirtschaftsförderung und Tourismus wurde das im Wahlkampf gegebene Versprechen eingelöst. Tourismusförderung und Marketing wurde in einer Gesellschaft gebündelt.

Die Gesellschaft hannoverimpuls, das Technologiezentrum Hannover und die Existenzgründung Hannover GmbH wurden miteinander verschmolzen und neu aufgestellt.



Die Hannover Holding wird Mitglied der Tourismus Region Hannover e.V., um weitere Potentiale der Zusammenarbeit zu heben.

Die EFRE-Regionalagentur von hannoverimpuls konnte kürzlich eine positive Bilanz der ersten beiden Förderjahre ziehen. Insgesamt 48 Millionen Euro EU-Förderung fließen in die Region Hannover. Die Förderung ist u.a. auch ein Baustein für den weiteren Ausbau des Zoos Hannover.

Wir konnten die Arbeit des Unternehmerbüros begleiten und haben Akzente in der Beschäftigungsförderung gesetzt. Ausgangspunkt unseres Focus ist die demografische Entwicklung in Deutschland. Es droht auch in der Region Hannover ein Mangel an Fachkräften. Hier gilt es, gegenzusteuern und Hilfestellung für kleine und mittlere Unternehmen anzubieten.

Da ist das Unternehmerbüro gefragt, wie auch in der aktuellen Krise, wo es darauf ankommt, Kurzarbeitergeld und Qualifikation miteinander zu koppeln.

Der aktuelle Focus liegt auf der Bearbeitung des Klimaschutzrahmenprogramms. Dies ist ein Querschnittsthema und die Wirtschaftsförderung wird hierzu ihren Beitrag leisten.



AK BERUFLICHE BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

Andreas Strauch

Leiter des AK Berufliche Bildung und Qualifizierung

Ein ganz wichtiges Arbeitsfeld der Region Hannover ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Von zentraler Bedeutung ist es dabei, Jugendliche zu qualifizieren und in Ausbildung zu bringen.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich verbessert. Das ist aber noch lange kein Grund, in den Anstrengungen nachzulassen.

Auf Initiative der SPD-Regionsfraktion wurde die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Berufliche Bildung und Qualifizierung beschlossen.

Wir erwarten uns davon eine noch bessere und effektivere Abstimmung und Überprüfung von Aktivitäten sowie einen gezielteren Ressourceneinsatz. Wir erwarten auch, dass damit ein stabiles regionales Netzwerk mit den anderen Akteuren – wie Kammern, Gewerkschaften, Trägern, der Agentur für Arbeit und dem JobCenter – aufgebaut wird. Ziel muss es sein, verbindliche Verabredungen zu treffen und Schwerpunkte zu setzen, die die Ausbildungssituation in der Region verbessern helfen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung der Organisationsform der Grundsicherung für Arbeitssuchende spricht sich die SPD-Regionsfraktion deutlich dafür aus, das Modell der bisherigen ArGe (JobCenter) in der Region Hannover weiterzuführen. Das JobCenter leistet eine wichtige Arbeit, bei der die Kompetenz der Kommune

in der Sozialpolitik und die Kompetenz der Bundesagentur bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt gebündelt zum Einsatz kommen. Fördern und fordern sind die richtigen Ansätze bei einer aktiven Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Das muss mit der Organisationsform im Einklang stehen. Das bedeutet, dass die Aufgabenwahrnehmung weiterhin aus einer Hand und unter einem Dach erfolgen soll. Den Belangen der Betroffenen und der Beschäftigten kann so am Besten entsprochen werden. Eine Grundgesetzänderung, die diesen Weg ermöglicht, wird begrüßt. Sollte die Grundgesetzänderung nicht erfolgen, müssen zügig konzeptionelle Vorstellungen für die weitere Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in der Region Hannover entwickelt und vorgelegt werden.





AK DEMOGRAFISCHER WANDEL

Andreas Schütte
Leiter des AK Demografischer Wandel

Kommunales Handeln sichert die Zukunft

Die SPD-Regionsfraktion ist sich der großen Verantwortung des gesellschaftlichen Prozesses „Demografischer Wandel“ bewusst. Um dem Rechnung zu tragen, hat die SPD-Regionsfraktion in dieser Wahlperiode den Arbeitskreis DW ins Leben gerufen. Mitglieder aller Arbeitsgruppen setzen sich mit dem wichtigen Querschnittsthema auseinander. Ziel ist es, den demografischen Wandel mit seinen Konsequenzen nicht als Krieg der Generationen, sondern durch aufmerksame Beobachtung und ein intensives, dauerhaftes und auf nachhaltige Effekte angelegtes Management als Chance des Wandels zu verstehen.

Arbeitskreisthemen für die Wahlperiode sind:

- Fachkräftemangel/Fachkräftesituation in der Region Hannover (schulische und berufliche Bildung)
- Integration und demografischer Wandel
- Gesundheit und Selbständigkeit im Alter
- Demografie als Querschnittsaufgabe der Verwaltung
- demografische Entwicklung und regionale Raumplanung

Die Folgen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung lassen sich mit den drei Schlagworten „weniger, grauer und bunter“ zusammenfassend charakterisieren.

- **weniger** für den Bevölkerungsrückgang, der sich vor allem aus der zu niedrigen Geburtenhäufigkeit ergibt.
- **grauer** für die Bevölkerungsalterung wegen des steigenden Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung bei gleichzeitig geringer werdender Besetzung der nachwachsenden Jahrgänge.
- **bunter** für die Internationalisierung der Bevölkerung wegen der verstärkten Verlagerung des Zuzugs aus außereuropäischen Räumen.

All diesen Herausforderungen stellen wir uns und sind mit dem Arbeitskreis Demografischer Wandel auf einem guten Weg.





AK INTEGRATION

Silke Gardlo
Leiterin des AK Integration

Vielfalt ist unsere Stärke

Die SPD-Regionsfraktion ist sich der großen Verantwortung der Kommunen und ihrer politischen Vertretungen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bewusst. Um dem Rechnung zu tragen, hat die SPD-Regionsfraktion in dieser Wahlperiode den Arbeitskreis Integration ins Leben gerufen. Mitglieder aller Arbeitsgruppen setzen sich mit dem wichtigen Querschnittsthema Integration auseinander. Ziel ist es, kommunale Gestaltungspotentiale zu einer weiteren Verbesserung der Integration und zum Abbau noch bestehender Integrationsdefizite zu entwickeln und zu unterstützen.

Handlungsschwerpunkte für die Wahlperiode sind:

- Integration als kommunale Querschnittsaufgabe verankern
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung voranbringen
- Sprachförderung unterstützen
- Berufliche Integration sowie Berufswahlorientierung und Ausbildungsbegleitung ausbauen
- Kultursensible Alten- und Krankenpflege entwickeln
- Gesellschaftliche Integration durch Partizipation und bürgerschaftliches Engagement ermöglichen.

Die sehr unterschiedlichen Gegebenheiten und Zuständigkeiten in den Städten und Gemeinden in der Region Hannover und die Rolle der Regionsverwaltung erlauben keine direkte Einflussnahme auf Maßnahmen vor Ort. Wir wollen daher Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der

Regionsverwaltung etablieren und personell und organisatorisch verankern. Hier sind wir auf einem guten Weg, an bestehende Strukturen anzuknüpfen und gemeinsam mit der Verwaltung eine entsprechende Umsetzung zu erreichen.

„Fonds Zusammenleben“

Einen wichtigen Baustein der Integrationsbemühungen in der Region markiert der „Fonds Zusammenleben“. Damit sollen Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger in der Region unterstützt werden, um das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen zu stärken. Gefördert werden Projekte und Ideen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen in der Region Hannover.



SPD-Fraktion der Region Hannover

Hildesheimer Straße 20

30169 Hannover

Tel.: 0511/616-22192-94

Fax: 0511/616-22498

Email: spd@spd-fraktion.region-hannover.de

www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Mai 2009